

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M. Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die sechsgespaltene 3 mm hohe (Bett)-Zeile oder deren Raum mit 15 Bg. berechnet; auswärts 20 Bg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatte. Reklamen kosten pro Zeile 40 Bg. Verbindlichkeit für Platz, Datumsvermerk und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postfachkonto Frankfurt a. Main Nr. 20771.

Annahmegerühr für Offerten und Anstufung beträgt 15 Bg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 52.d

Dienstag, den 3. Mai 1927.

20. Jahrgang.

Die Tage der Jugend, sie glänzen und blühen,
O laß uns der Jugend genießen.

Genf und Landwirtschaft.

Sinn und Aufgabe der Weltwirtschaftskonferenz, die am morgigen Mittwoch ihren Anfang nimmt, ist in den vorausgegangenen Wochen hinreichend erörtert worden. Das gilt besonders, soweit Industrie und Handel in Frage kommen. Beide Wirtschaftsgruppen haben in letzter Zeit wiederholt große Tagungen abgehalten und ihre grundsätzliche Haltung zu dem aus allen Weltteilen beizudenden Wirtschaftsparlament festgelegt. Außer Industrie und Handel ist aber auch die Landwirtschaft an den Genfer Beratungen erheblich interessiert, wie auch ein großer Teil der Verhandlungen der Erörterung landwirtschaftlicher Fragen gewidmet sein wird.

Die landwirtschaftlichen Vertreter der einzelnen Länder bilden eine Einheitsfront, da ihre Forderungen im großen und ganzen übereinstimmen. Die Haltung der landwirtschaftlichen Sachverständigen ist auf der im März in Paris abgehaltenen Sitzung der Internationalen Agrarkommission festgelegt worden, an der 27 Staaten teilgenommen haben. Diese Beratungen haben ihren Niederschlag in der Ausarbeitung einer Denkschrift gefunden, die die Forderungen der Landwirtschaft enthält und die der Weltwirtschaftskonferenz als Material überreicht worden ist. Unter diesen Umständen kann die Haltung der Landwirtschaft in Genf bereits heute in groben Umrissen gezeichnet werden und das umso mehr, als die Internationale Agrarkommission alle wesentlichen Anträge der deutschen Delegation in ihre Denkschrift aufgenommen hat.

Die Denkschrift der Internationalen Agrarkommission geht davon aus, daß die wirtschaftliche Wohlfahrt der Völker von den landwirtschaftlichen Verhältnissen abhängt. Die Hauptursache der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise wird deshalb in der unangünstigen Lage der Landwirtschaft gesehen. Die Krise der Landwirtschaft selbst wird darauf zurückgeführt, daß die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit der allgemeinen Preisentwicklung nicht Schritt gehalten haben. Weiterhin wird auf die gegenüber der Vorkriegszeit erheblich gewachsene Belastung durch Zinsen, Steuern, Gebühren und Abgaben hingewiesen. Nach Ansicht der Internationalen Agrarkommission hat die Schmälerung der landwirtschaftlichen Einnahmen überall große Einsparungen in bezug von landwirtschaftlichen Maschinen, Geräten und anderen technischen Einrichtungen zur Folge gehabt. Damit habe die Industrie neue Absatzmärkte verloren, sodas weitere Betriebsbeeinträchtigungen und Arbeiterentlassungen notwendig geworden seien. Aus diesen Erwägungen heraus werden der Weltwirtschaftskonferenz folgende Vorschläge unterbreitet:

Veranstaltung einer Untersuchung darüber, ob die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse den Produktionskosten entsprechen; Förderung aller Maßnahmen, die geeignet sind, die Produktion zu verbessern und zu verbilligen.

Im einzelnen macht die Internationale Agrarkommission nach dieser Richtung hin folgende Vorschläge: Ausbau des landwirtschaftlichen Nachrichtenwesens, Förderung des landwirtschaftlichen Unterrichts, rasche Verbreitung technischer oder wissenschaftlicher Entdeckungen, Ausbau und Unterstützung des landwirtschaftlichen Kredites und des Genossenschaftswesens, Herabsetzung der Steuern, der Transportgebühren und des Zinsfußes u. a. m. Weiterhin wird die Verbilligung aller staatlichen Maßnahmen, z. B. Ausfuhrzölle und Ausfuhrverbote, gefordert, durch die die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse unter die Weltmarktpreise herabgedrückt werden sollen. Die letzten Punkte der Denkschrift verlangen einen Gesundheitsschutz für die tierische und pflanzliche Erzeugung, Sicherung des Privateigentums als grundlegende Voraussetzung für eine ungehinderte landwirtschaftliche Erzeugung und schließlich eine gleichberechtigte Vertretung der Landwirtschaft neben Industrie und Handel in allen mit wirtschaftlichen Aufgaben betrauten Organen des Völkerbundes.

Im Anschluß an die Weltwirtschaftskonferenz findet in Rom ein internationaler Agrarkongress statt, auf dem die Landwirtschaft zu den Ergebnissen der Genfer Tagung Stellung nehmen und weitere

terere Beschlüsse fassen will. Für diese Verhandlungen ist die Zeit vom 26. Mai bis zum 1. Juni in Aussicht genommen. Die Allgemeinheit ist an den Verhandlungen insofern interessiert, als ein befriedigender Ausgleich zwischen Industrie und Landwirtschaft, Stadt und Land, ihrem Interesse entspricht und die nationale Wohlfahrt gesunde Verhältnisse in der gesamten Volkswirtschaft voraussetzt.

Die ersten Delegierten in Genf eingetroffen.

Am Laufe des Sonntags sind die ersten Delegierten für die Weltwirtschaftskonferenz in Genf eingetroffen, darunter als erste deutsche Delegierte Staatssekretär Dr. Trendelenburg und Gewerkschaftssekretär Eggert. Die übrigen deutschen Delegierten und Sachverständigen werden, wie die fast aller anderer Länder, am heutigen Dienstag erwartet. Am Montag ist noch einmal ein Unterausschuß des ständigen Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes zusammengetreten, um die Ursachen der allgemeinen Wirtschaftskrise zu erörtern. Deutschland war in dieser Sitzung durch Staatssekretär Dr. Trendelenburg vertreten.

Hergt gegen ein Ostlocharno.

Eine Rede auf der Ostmarkentagung der deutschnationalen Volkspartei.

Im weiteren Verlauf der Ostmarkentagung der deutschnationalen Volkspartei in Beuthen behandelte Staatsminister a. D. Ballraf die Schicksalsgemeinschaft zwischen dem deutschen Westen und dem Osten. Archidirektor Kaufmann-Danzig beschäftigte sich besonders mit der Wirtschaftskrise in Danzig, die ihren Höhepunkt erreicht habe und eine glittige Einigung mit Polen als aussichtslos erscheinen lasse. Polen droffe die Danziger Wirtschaft ab in der Hoffnung, daß ihm Danzig auf diesem Wege einmal als reife Frucht in den Schoß fallen werde.

Nach weiteren Ausführungen des Oberleutnants a. D. Mosberg und der Abgeordneten Frau Dr. Spohr hielt Reichsjustizminister Dr. Hergt eine kurze Ansprache. Der Minister dankte der Ostmark und Oberpräsidenten für die in den letzten acht Jahren geleistete Arbeit. Der Ausschuss, der sich vor dem Kriege im Osten bemerkbar gemacht habe, habe leider durch das Versailles Diktat eine jähe Unterbrechung erfahren. Trotzdem habe die auseinandergerissene Ostmark sich zu neuer Wiederaufbauarbeit und zu neuen Erfolgen aufgerafft. Deutschland müsse seiner Ostmark weit mehr Aufmerksamkeit zuwenden als bisher. Letzten Endes liege die

Zukunft des deutschen Volkes im Osten.

Dieses Gefühl müsse Gemeingut aller deutschen Volksschichten werden. Der Minister ging dann auf die Geschichte der deutschen Ostmarkpolitik ein und erklärte, auch heute könne Deutschland aus der Vergangenheit manche Lehre ziehen. Vorbildlich sei vor allem die großzügige Ostmarkpolitik Friedrichs des Großen.

Minister Hergt wandte sich dann den heutigen Sorgen der Danäcker zu und fuhr fort, daß die Versorgung auf außenpolitischem Gebiet übertrieben seien. Niemals werde Deutschland einen Sicherheitspakt über seine Grenzen abschließen. Niemals wären die deutschnationalen in die Regierung eingetreten, wenn das nicht eine unabänderliche Grundlage unserer gesamten Außenpolitik gewesen wäre. Die in Versailles und in St. Germain geschaffenen neuen Staatsgrenzen könne Deutschland nie und nimmer als einen Rechtszustand ansehen, an dem nichts geändert werden dürfe. Es sei bedauerlich, daß ein Teil der wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen des deutschen Volkes jetzt einem fremden Staat zugutekomme.

Wahre Volkspolitik müsse großdeutlich sein und danach hinstreben, alles zu vereinigen, was deutsch sei.

Nachdem dann noch Senator Dr. Brunar, der Vorsitzende der Deutschen Nationalpartei in der Tschoschlowka, über das Subdenkensystem gesprochen hatte, wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„Die zweite Ostmarkentagung der deutschnationalen Volkspartei gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß keine deutsche Regierung jemals Bindungen eingehen wird, die als Anerkennung des dem deutschen Osten angetanen Unrechts ausgelegt werden könnte. Ein Diskretion gibt es nicht. An die deutsche Regierung richtet sie die Bitte, unbedingter Würde zu beacnen.“

Eine weitere, ebenfalls angenommene Entschließung spricht den Memelländern die innigste Anteilnahme an ihren schweren staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Nöten aus, und bittet sie, in dem ihnen von Litauen aufzuzwingenden Freiheitskampf nicht zu erlahmen. Die Reichsregierung wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß der Memelländern noch nachträglich das Selbstbestimmungsrecht verliehen wird.

Ruhiger Verlauf der Maifeiern.

Zwischenfälle nur in Polen.

Die diesjährigen Maifeiern wurden von herrlichem Wetter begünstigt und nahmen durchweg einen ruhigen Verlauf. Im Mittelpunkt der teilweise von den Gewerkschaften und damit unter Beteiligung von Sozialdemokraten und Kommunisten veranstalteten Kundgebungen stand der Kampf um den Frieden und die Verkürzung der Arbeitszeit. Ferner fand in Berlin eine geslossene Maifundgebung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei statt, bei der Hitler eine Ansprache hielt. Die höchste Teilnehmerzahl meldet Moskau, in dem die Feiern mit einer großen Truppenparade in Gegenwart des diplomatischen Korps eingeleitet wurde. London verzeichnete 100 000, Berlin etwa 60 000 Teilnehmer. Zwischenfälle ereigneten sich nur in Polen. In Warschau wurden zehn bis fünfzehn Personen verletzt und in Bresl-Litomisch kam es zu einem Handgemenge zwischen Kommunisten und Polizeibeamten, bei dem ein Demonstrant erschossen und drei Personen verletzt wurden.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 3. Mai 1927.

— Die vollständige Räumung der Stadt Saarlouis durch die französischen Truppen wird für den 4. Mai erwartet.

— Der preussische Kultusminister hat für sämtliche Schulen, einschließlich der Volksschulen, die Mangordnung aufgehoben.

— Auf der Tagung des Landesauschusses der Bayerischen Volkspartei in München wurde auch die Frage der Wiedervereinigung von Zentrum und Bayerischer Volkspartei berührt. Es ist zunächst die Herstellung einer vorläufigen Arbeitsgemeinschaft unter Aufrechterhaltung der völligen Selbständigkeit der beiden Parteien geplant.

— **Besserung im Befinden des Votschafers von Hoesch.** In dem Gesundheitszustand des deutschen Votschafers in Paris, von Hoesch, ist eine Besserung eingetreten. Der Kranke ist fieberfrei. Neue Abjüsse haben sich nicht gezeigt, so daß mit der Möglichkeit gerechnet werden darf, daß von Hoesch in einigen Tagen das Bett verlassen kann.

— **General von Scholtz gestorben.** Im Alter von 76 Jahren starb in Ballenstedt a. H., wo er als Ehrenbürger der Stadt lebte, der aus dem Weltkrieg bekannte deutsche Heerführer, General der Artillerie von Scholtz. General von Scholtz hat den Weltkrieg ebenso wie den deutsch-französischen Krieg von 1870-71 an der Seite des ihm befreundeten Generals von Gallwitz durchgekämpft, der an seinem Todestage gerade seinen 75. Geburtstag feierte. Der fest zur großen Armee Gelangene hat sich seinerzeit bei den Kämpfen in Rußland und in Rumänien große Verdienste erworben.

— **Eröffnung der fünften preussischen Polizeiwoch.** In Gegenwart des Staatsministers Dreows und unter Teilnahme zahlreicher führender Persönlichkeiten aus der rheinisch-westfälischen Verwaltung und Wirtschaft wurde am Dienstag in Essen die fünfte preussische Polizeiwoch eröffnet, an der fünfhundert Personen teilnahmen.

— **Zusammentritt des Preussischen Landtags.** Der Preussische Landtag hat heute mittag seine Plenarberatungen mit der Fortsetzung der zweiten Lesung des neuen Staatshaushalts wieder aufgenommen. Vor der Plenarberatung fanden Fraktionsitzungen statt, in denen die politische Lage erörtert wurde.

Rundschau im Auslande.

— Der Warschauer Finanzrat hat die amerikanischen Bedingungen für eine Anleihe an Polen einstimmig angenommen.

— In Frankreich sind weitere Kommunisten wegen antimitaristischer Propaganda verhaftet worden.

— Die spanischen Marokkotruppen haben ihren Vormarsch wieder aufgenommen und dabei verschiedene Erfolge erzielt.

Zorn von Vlnach verhaftet.

Der Führer des eifässischen Doppelkonflikts, Baron Zorn von Vlnach, der von einem französischen Gericht zu einer dreimonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden war, ist in der Nähe von Straßburg von den Franzosen zur Verhaftung der Gefängnisstrafe verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert worden.

Unstimmigkeit des Vorsitzenden der Weltwirtschaftskonferenz.

Der belgische Außenminister Theunis, der Vorsitzende der Weltwirtschaftskonferenz, der sich im Automobil nach Genf begeben wollte, mußte seine Reise bei Solgnes infolge eines Bruchs des Steuerwagens seines Autos auf einige Stunden unterbrechen. Theunis blieb unverletzt.

Keine Schmälerung der Länder.

Antrittsbesuch der Reichsminister von Keudell und Dr. Koch in Stuttgart.

Anlässlich des Antrittsbesuchs der Reichsminister von Keudell und Dr. Koch bei der württembergischen Regierung fand im Handelshof in Stuttgart eine Besprechung statt, bei der die württembergische Regierung durch den Staatspräsidenten Bazille und die Minister Holz und Dehlinger vertreten war.

Staatspräsident Bazille

begrüßte die Reichsminister und betonte dabei, daß dem Besuch umso größere Bedeutung zukomme, als in das Reich die Minister die bedeutendsten Fragen fallen, nämlich die Frage des Verhältnisses der deutschen Länder zum Reich und die Stellungnahme zum Medarlanal. Es sei ein unmögliches Verfahren, die Länder nach und nach finanziell zu erwürgen. Solange die Länder nach der Reichsverfassung Eigenstaatlichkeit hätten, müsse das Reich darum besorgt sein, daß sie ihr Leben auf der Höhe führen können, die allgemein im deutschen Volke erstrbt werde. Gewiß garantierte die Reichsverfassung den Ländern Selbständigkeit und Lebensfähigkeit; tatsächlich hätten die Dinge sich aber so entwickelt, daß den Ländern der Atem ausgehen drohte. Nach langen Verhandlungen habe die gegenwärtige Reichsregierung die Länder finanziell so gestellt, daß sie als Länder erhalten blieben.

Reichsinnenminister von Keudell

ersuchte in seiner Antwort, bei der Erörterung des Problems der Beziehungen zwischen Reich und Ländern auch die gegenseitigen Anschauungen zu schonen, damit das Vaterland dem Ausland gegenüber keinen Schaden erleide. Wir müßten dem Ausland gegenüber bekunden, daß wir in der Mannigfaltigkeit unserer deutschen Verhältnisse eine Kraftquelle erblickten und daß diese Mannigfaltigkeit einen ungeheuren Kraftreichtum in sich birgt. In der Zeit des Wiederaufbaus müssen wir uns hüten, gewaltsamen Lösungen nachzugehen, ja Probleme vorwärts zu treiben, die geschichtlich noch nicht reif seien. Der Minister betonte die Notwendigkeit des Vertrauens für die Länder und des Vertrauens auf Seiten der Länder, daß sie nicht geschmäler werden in ihrer Eigenart und ihren Kompetenzen. Es gehe nicht an, daß sie zu Provinzen herabgedrückt werden, auch nicht zu Selbstverwaltungskörpern. Die jetzige Reichsregierung und die Regierungskoalition im Reich gebe den Ländern, was ihnen gebührt, weil sie der Leberzeugung sei, damit dem deutschen Wiederaufbau zu dienen.

Ferner erklärte der Minister, es sei das selbstverständliche Recht jeder einzelnen Partei, hinsichtlich der Fortentwicklung der Weimarer Verfassung ihre Ideale propagandistisch zu betreiben, aber vom gesamtstaatlichen Standpunkt aus erhebe eine gewisse Reserve auf dem Gebiete dieser Erörterungen angezeigt. Aber vor allem Zurückhaltung in der Erörterung dieser Pläne namentlich dem Ausland gegenüber!

Nachdem Staatspräsident Bazille zum Ausdruck gebracht hatte, daß die Ausführungen des Ministers von Keudell jede Beunruhigung ausschalten werden, teilte

Reichsverkehrsminister Dr. Koch

mit, daß das Verkehrsministerium für die Medarlanalitätsarbeiten bei Heidelberg nunmehr die Bauerlaubnis erteilt habe. Es sei zu erwarten, daß die Kanalisierung des Nedars bei Heilbronn jetzt regelmäßig zu Ende geführt werden könne. Eine Beeinträchtigung des herrlichen Landschaftsbildes sei nicht zu befürchten.

Den Schluß der Besprechungen bildete eine Ansprache der Vertreter der württembergischen Presse und Verleger.

Hankau in Bedrängnis.

Ein Erfolg Tschangkaishchs. London, 2. Mai. Ans Nantshang (Prov. Kiangsi) wird gemeldet, daß der Pöbel und infolgedessen der Terror herrscht. Es wird berichtet, daß Tschangkaishch Kräfte nach dieser Stadt entsandt habe, um die kommunistischen Elemente zu entfernen. Es wird ebenfalls gemeldet, daß Tschangkaishch 7000 Mann der Hunantruppen der sechsten Armee Tschangkaishchs, die sich in Hankau befanden, entwarfne habe. Ein britisches Kanonenboot, das Lastfahrer und Schlepper auf dem Yangtse begleitete, wurde am Morrison-Punkt beschossen und erwiderte das Feuer. Die Zeitungen melden, daß sich die hankauer Behörden in einer schlimmen finanziellen Lage wegen des Aufhörens des ausländischen Handels befinden. Zudem weigert sich, die Landbevölkerung das Papiergeld der hankauer Regierung anzunehmen.

Das Urteil des Staatsgerichts.

Das Wiking-Verbot bestätigt. — Das Olympia-Verbot aufgehoben. Die Beratung des Staatsgerichtshofs über die Urteilsfällung im Wiking- und Olympia-Prozess hat nahezu zehn Stunden in Anspruch genommen. Nach dem Abschluß der Verhandlungen verkündete Senatspräsident Medner unter allgemeiner Spannung folgenden Urteil:

1. Unter Aufhebung des Beschlusses des Staatsgerichtshofs zum Schluß der Republik vom 13. Oktober 1926 wird die Verurteilung des preussischen Ministers des Innern vom 19. Mai 1926, durch die das Verbot des Bundes, „Wiking“ ausgeschrieben worden ist, bestätigt. Die den Bund „Wiking“ betreffenden Kopien werden dem Bunde anverleitet.
2. Der Beschluß des Staatsgerichtshofs vom 13. Oktober 1926, durch den das Verbot des Vereins „Olympia“ vom 12. Mai 1926 aufgehoben wird, wird ansrechterhalten. Die Kopien des Verfahrens werden dem Reichsjustiz anverleitet.

Nach der Auffassung der preussischen Regierung wird das Verbot der „Olympia“ durch den Prozeß des Staatsgerichtshofs nicht berührt, da die „Olympia“ auch auf Grund des Reichsgesetzes zur Ausführung des Friedensvertrags verboten ist, gegen das Staatsgerichtshof nichts unternehmen kann. Wie verlautet, will die „Olympia“ nunmehr bei der Reichsregierung Beschwerde einlegen.

Schreckenstage am Mississippi.

200 000 Personen ruiniert. Handelssekretär Hoover, der auf einer Besichtigungstour durch das Überschwemmungsgebiet begriffen ist, hielt im Mundart eine Rede, in der er die Überschwemmung als die schlimmste in der Geschichte des Landes bezeichnete. 200 000 Personen seien ruiniert, sechs Millionen Acres überschwemmt und ein Schaden von 200 Millionen Dollar angerichtet worden. Tausende von Personen warteten voller Angst in ihren vorläufigen Zufluchtsorten auf Rettung.

Ogleich das Wasser durch drei Läden des Damms von Rodras abfließt, ist der Spiegel des Mississippi bislang nur um ein Zehntel Fuß zurückgegangen. Die Ingenieure haben deshalb weitere Mengen Dynamit angefordert, und man hört in Abständen den Schall neuer Sprengungen. Da trotz der künstlich herbeigeführten Überschwemmungen bisher keine Erleichterung für die Bevölkerung von New Orleans erreicht wurde, wächst hier ständig die Angst. Das Wasser hat bis auf wenige Zoll den Rand des Deiches erreicht.

Der Damm an vier Stellen gebrochen.

Der Mississippi-Damm ist in dem Kreise Concordia des Staates Louisiana an vier Stellen gebrochen. Das Leben von Hunderten von Personen, die die Wohnungen nicht befreit hatten, ist in Gefahr. Durch das Umsinken der Wassermengen ist ein weiterer Damm gefährdet, durch dessen Bruch etwa dreißig Städte mehr oder minder überschwemmt und fünf weitere Dämme gefährdet würden.

Ständig wachsende Not am Mississippi.

Seuchepidemie in den Flüchtlingslagern.

New York, 3. Mai. Die ganze Wucht der Mississippiplut bedroht jetzt zweihundert Meilen oberhalb New Orleans sieben blühende Landwirtschaftsbezirke von über 3 Millionen Morgen Louisiana mit 150 000 Einwohnern. Die Flut durchbrach dort die Deiche an fünf Stellen und die frei gewordenen Wassermassen ergießen sich mit furchtbarem Getöse, das meilenweit zu hören ist, in die Niederung mit ihren weithin bekannten Baumwoll- und Zuckerpflanzen. Tausende von Menschen befinden sich bereits auf der Flucht. Die Überschwemmung von Arkansas dehnt sich gleichfalls immer weiter aus. Die Nahrung von neun Städten und verlassenen Ortschaften ist angeordnet. In den Flüchtlingslagern im südwestlichen Teil des Staates Louisiana sind Typhus, Cholera und Malaria-Epidemie ausgebrochen; sie fordern unter den durch Hunger und Entbehrungen geschwächten Flüchtlingen täglich größere Opfer.

93 Vergleute verschüttet.

Furchtbare Explosion in einem amerikanischen Bergwerk.

New York, 3. Mai. Infolge einer Explosion, die den Hauptgang zu einem Bergwerk in Everettville in Virginia zerstörte, sind schätzungsweise 93 Vergleute verschüttet worden. Zwei auf den Halben beschäftigte Arbeiter wurden durch den Aufbruch getötet, 15 verletzt. Aus der verschütteten Grube wurden 15 Leichen geborgen. Dann mußten die Rettungsarbeiten eingestellt werden, da in der Grube ein Brand wütete. Die 78 noch in der Grube befindlichen Vergleute sind wahrscheinlich alle erstickt.

Schlusssdienst.

Heute Eröffnung der Weltwirtschaftskonferenz. Genf, 3. Mai. Der Präsident der Internationalen Weltwirtschaftskonferenz, Georges Theunis, ist in Genf eingetroffen und hat am Montag mit dem Generalsekretär des Völkerbundes und mit den Organen des Sekretariats Fällung genommen. Es haben sich zahlreiche Pressevertreter angemeldet. Viele der großen Zeitungen entsenden Spezialisten für Wirtschafts- und Finanzfragen. Die Konferenz wird heute vormittag im Reformationsaal, wo im September jeweils die Sitzungen der Völkerbundsversammlung stattfinden, eröffnet.

Vorspiel zur Internationalen Arbeitskonferenz.

Genf, 3. Mai. Gestern trat im Internationalen Arbeitsamt eine neuegebildete Kommission zum ersten Male zusammen, die berufen ist, auf Grund der gemäß Artikel 408 des Verlailler Diktats von den Regierungen einlaufenden Berichte zu prüfen, ob die von den betreffenden Staaten ratifizierten Arbeitskonventionen korrekt eingehalten werden. Die Kommission besteht aus acht Mitgliedern; darunter befindet sich der sächsische Verwaltungsgerichtspräsident v. Nothke-Dresden. Die Internationale Arbeitskonferenz selbst tritt am 25. Mai zusammen.

Nausher erhofft einen baldigen Vertrag. Warschau, 3. Mai. Der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Nausher, erklärte dem Vertreter eines polnischen Handelsvertrages im Laufe des Monats Mai in einer beide Teile befriedigenden Weise gelöst werden würde. Ein Grund zur Besorgnis liege nicht vor. Wie verlautet, hat der deutsche Gesandte am Montag neue Verhandlungen im polnischen Außenministerium angeknüpft.

Niesenunterochlagung in China.

Hongkong, 3. Mai. Der chinesische Gesandte, Führer der Hongkong-Schanghaier Bahn ist unter Mitnahme von 700 000 Taels geflüchtet.

Hochwassersnot in deutschen Landen.

Ueberschwemmungen in der Lüneburger Marsch. Im Kreise Winsen a. d. Luße stehen seit 14 Tagen annähernd 7000 Morgen Land unter Wasser, u. d. noch steigende Hochwasserwelle überflutet mit jedem Anwachsen Hunderte von Morgen mehr. Im Vorjahre haben nach amtlichen Feststellungen im Kreise Winsen annähernd 10 000 Morgen Landesreien den ganzen Sommer über unter Wasser gestanden. Auch der Kreis Schwering an der Warthe leidet durch das Hochwasser großen Schaden. Saatgut und Kundsänger sind umsonst veran, die Wiesen versauern mehr und mehr, das Heu verliert seinen Futterwert. Der Verkehr von Geböt zu Geböt vollzieht sich mit Mühen.

Gerichtssaal.

Der „Fürst von Eschnapur“. Ein kleiner 22-jähriger Hochstapler mit großen Allüren wurde in Charlottenburg wegen Betruges in vier und fünfundzwanzig in drei Fällen zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis verurteilt. „Seine Durchlaucht“ heißen in Wirklichkeit Fickel und wollen „Schritsteller und Alkausteur“ sein. Vor Gericht wollte er nicht genau wissen, ob er in Eschnapur, das nach seiner Meinung irgendwo in Siam liege, wirklich geboren sei. In ihn liege eben alles so verwirrt. Wichtig sei jedenfalls, daß seine Mutter einen Nürnberger Fabrikanten geheiratet habe, daß er in München das Kadettenkorps, in Straßburg das Lyceum und in Schwaben ein humanistisches Gymnasium besucht habe. Er habe in Nürnberg und in Budapest an Zeitungen gearbeitet und sei im Jahre 1926 in Nürnberg Besitzer eines Verlages gewesen. Was wahr an diesen Darstellungen ist, konnte nicht festgestellt werden.

Ein Rekord-Einbrecher. Vom Schwärmer Schöffengericht wurde der vielfach vorbestraute Otto Nehring aus Kolditz zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er bereiste 1925 und 1926 die mecklenburgischen und pommerischen Ostseebäder und hatte besonders Erfrischungshallen und Verkaufsbuden bestohlen. Der Angeklagte schätzte selbst die Zahl seiner Einbrüche auf über neunzig.

Volkswirtschaft.

Schiedsspruch in der Kastindurie. In der Manteltarif- und Arbeitszeitstreitigkeit in der Kastindurie wurde im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsspruch gefällt, der den Manteltarif mit einigen Abänderungen zugunsten der Arbeitnehmer wieder in Kraft setzt. In der Arbeitszeitfrage ist eine Regelung getroffen, die die Schichtzeit in einschichtigen Betrieben vom 1. August ab auf 10 1/2 Stunden in Fabriken, Keßeln- und Maschinenhäusern und sonstigen durchgehenden Betrieben vom 1. November ab auf 11 Stunden herabsetzt. Für die über 8 Stunden hinaus tatsächlich geleistete Arbeit ist vom 1. Mai ab ein Lohnzuschlag von 15 v. d. festgelegt. Der Manteltarifvertrag läuft unänderrbar bis zum 31. Dezember 1928, die Arbeitszeitregelung bis zum 31. Juli 1928.

Sport.

Weltmeister Fildes in Berlin. Der berühmte amerikanische Tennisweltmeister Fildes ist mit seinem Landsmann Hunter in Berlin angekommen, um vom 6. bis 8. Mai das Vändertitel Deutsch-America auszutragen. Am Sonntag leitete Fildes bereits den Herausforderungsturnier der Professionsgrößten Roman Rajuch (Deutschland) gegen Karel Kozeluch (Tschechoslowakei). Bei schöner Witterung und vor einer stattlichen Zuschauermenge behielt Kozeluch verhältnismäßig sicher mit 6:4, 6:4, 6:2 die Oberhand.

Die deutsche Schwergewichtsmesserschaft.

Wagners Blüßieg über Breitensträter. 22 Die Dortmunder Westfalenhalle schloß am vergangenen Sonntag den Wettbewerb um die deutsche Schwergewichtsmesserschaft mit dem Titelfkampf ab. Nachdem in den Vorkämpfen Bahmann, Ribemann, Mehling und Samion Körner ausgeschieden waren, fanden sich nunmehr der Berliner Hans Breitensträter, der den deutschen Meistertitel inne hatte, u.



der Duisburger Rudi Wagners im Schlußkampf gegenüber. Wagners brachte 180 Pfund, Breitensträter dagegen nur 164 Pfund, doch erwarb er man angesichts der größeren Körpergröße und Schlagkraft des Berliners einen Sieg Breitensträter.

Alter oder neuer Samen?

Weil alter Samen in bezug auf den Auslauf vielfach zu mangelhaften Früchten führt, wird in der Regel beim Sameneinkauf frisches, gut keimfähiges Material verlangt. Dies ist nicht in jedem Falle vorteilhaft. Bemerkenswert ist, was ein alter Praktiker, Gartenmeister Krenzpöhlner, in der „Gärtnerischen Rundschau“ hierüber sagt. Nach seinen eigenen langjährigen Erfahrungen gibt er für Gurken, Kürbis, Melonen, Bohnen und Petstiche allen Samen die den Vorzug, da diese zwar schwächeres Blattwachstum, dafür aber willigeren Anlauf und bei Petstichen größere Wurzelbildung zeitigen. Es ist im Zusammenhang hiermit zu bemerken, daß bei Obstbäumen beobachtet worden, daß Sorten mit schwächerem Holzwachstum leichter zum Anlauf kommen als andere. Nun hat diese Tatsache aber auch eine Schattenseite, nämlich die, daß alter Samen schwächer ist, trägt länger und den somit während der Keimung drohenden Gefahren mehr ausgesetzt ist als frisches, raschkeimendes Saatgut. Verluste können jedoch vermieden werden, wenn der Samen vor der Ausfaat gebeizt wird. Recht gute Erfahrungen sind hier mit der Trockenbeize Titanin N (Mullin-Trockenbeize) gemacht worden.

Auf der Sonne.

Von Dr. phil. Wegner,
Leiter des Berliner Planetariums.

Im Sommer bei großer Hitze schimpft der Mensch über die Strahlen der Sonne, und im Winter freut er sich, wenn er von ihr bestrahlt wird. Aber leicht erklärliche Gegensätze! Das Dasein aller Lebewesen von Menschen, Tieren und Pflanzen hängt einzig und allein von der Sonne ab. Wäre sie nicht, würden Tod und Finsternis das Erdreich beherrschen. Sie muß eine gewaltige Kraft besitzen, um unseren und die anderen Planeten trotz ihrer Entfernung zu erhalten und zu beleben.

Wie mag es auf ihr aussehen? 150 Millionen Kilometer trennen uns von ihr. Ein normaler Schnelzug braucht bei ununterbrochener Fahrt gegen 200 Jahre, um sie zu erreichen. Hätte ein Kind einen so langen Arm, mit dem es sich an der Sonne verbrennen könnte, so würde es in seinem ganzen Leben den Schmerz nicht spüren, weil das Gefühl weit über 100 Jahre zur Zurücklegung des langen Weges ge-

braucht. Eine Riesewärme, etwa 6000 Grad Celsius, strahlt das Tagesgestirn aus. Bisher hat man nie bemerkt, daß diese Temperatur abnimmt, und wie dürrer deshalb für die Zukunft ohne Sorge sein. Eine ungeheure, glühende Gaswolke wölbt vor uns, über ein Drittel Millionen mal größer als die Erde.

Fast alle irdischen Elemente sind in Dampfform auf der Sonne vorhanden. Auf der Oberfläche sehen wir, manchmal sogar ohne Fernglas, öfters dunkle Stellen, die man Flecke nennt. Umgefaßt alle ein Jahr treten sie abwechselnd in Mengen bzw. in geringer Anzahl auf. In dreizehn Tagen läuft ein Fleck von einem zum anderen Sonnenrande. Diese sind meistens viele Flecke sichtbar. Diese Erscheinungen stellen wahrscheinlich richtigerformige Vertiefungen dar, in denen Gasmassen wie Wirbelstürme umherkreisen, wobei elektrische und magnetische Kräfte im Spiele sind. Am Sonnenrande sieht man die Flecke in Gruppen von hellen Partien, den sogenannten Sonnenfäden, umgeben. Vielfach entstanden letztere durch Ausbrüche aus dem Fledern, wobei Massen von Gasen, die im Spiel sind. Am Sonnenrande sieht man die Flecke in Gruppen von hellen Partien, den sogenannten Sonnenfäden, umgeben. Vielfach entstanden letztere durch Ausbrüche aus dem Fledern, wobei Massen von Gasen, die im Spiel sind. Am Sonnenrande sieht man die Flecke in Gruppen von hellen Partien, den sogenannten Sonnenfäden, umgeben. Vielfach entstanden letztere durch Ausbrüche aus dem Fledern, wobei Massen von Gasen, die im Spiel sind.

Handelsteil.

Berlin, den 2. Mai 1927.

Am Devisenmarkt machte sich wieder erhöhter Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln geltend. Somit bemerkt man eine erneut schädigende Bewegung der italienischen Wäute.

Am Effektenmarkt hat sich der Preis der Spezialpapiere, die die Weltrenten entscheidend beeinflussen, bedeutend erweitert. Wankstoffs- und Zellstoffaktien waren weiter gestiegen.

Am Geldmarkt hielt die Nachfrage an, jedoch der Satz sich auf 7-8% Prozent stellte.

Am Produktienmarkt war das Geschäft in Brotgetreide heute ein wenig lebhafter. Die Stimmung nachgiebiger. Das Ausland hatte keine Anregungen gemeldet, das Inland keine wesentlich stärkere Angebote gemacht, aber die Förderungen waren nicht heraufgehoben, und andererseits zeigte sich nur geringe Kaufkraft. Die Nachfrage nach Weizen war weniger lebhaft. Für Hafer lauteten die Vorbe-

...er geht, was waren sie nur bezeugt zu geben. Gerste, Mais und Hülsenfrüchte fanden sich in die hohen Notierungen und die bessere Qualität in kleineren Mengen abnehmer. Die übrigen Sorten saum ungenügend worden, da sich die Käufer nur Preisnachlässe noch nicht entschließen konnten.

Warenmärkte.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Mehlwaren
1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab
Weizen 270-273 (269-272). Sommergerste 230-234 (228-233). Wintergerste 208-218 (208-218). Hafer 190-194 (188-193). Mais 170-175 (168-173). Roggen 150-155 (148-153). Weizenmehl 34-37,75 (33-37,75). Weizenklein 35,50-37 (35,50-37). Weizenklein 15,50-16 (15-15,50). Roggenklein 16,75 (16,50).
Leinwand (—). Baumwolle 20-23 (20-23). Baumwollwaren 22-23 (22-23). Wolle 21-24 (21-24). Seide 13,50-14,50 (13,50-14,50). Seide 15,50-16,50 (15,50-16,50). Seide 19,70-20 (19,70-20). Seide 13,50-14,50 (13,50-14,50). Seide 13,40-14,50 (13,40-14,50).
Kartoffelbörse.
Amliche Kartoffelzweckverbrei je Zentner ungenügend frei am märktlichen Stationen (amtlich ermittelt durch die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg am Berlin): Weiße 3,80-4,20, rote 5,00-5,30, Anbau 6,00-6,30, andere Selbstfleischige außer Riesen 5,20-5,50, groß fallende über Rotis, Fabrikartoffeln 18 Wien 5,20-5,50, Stadterzeugt.

Kartoffelbörse.

Amliche Kartoffelzweckverbrei je Zentner ungenügend frei am märktlichen Stationen (amtlich ermittelt durch die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg am Berlin): Weiße 3,80-4,20, rote 5,00-5,30, Anbau 6,00-6,30, andere Selbstfleischige außer Riesen 5,20-5,50, groß fallende über Rotis, Fabrikartoffeln 18 Wien 5,20-5,50, Stadterzeugt.

Eierbörse.

Bericht der Berliner amtlichen Notierungskommission
Anlandsener: 1. große, vollfrische, gestempelte 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.
Inlandsener: 1. extra große 11 1/4-12 1/4, 2. große 10 1/4-11 1/4, 3. normale 7 1/4-8, 4. abweichende 7, 5. kleine und Schmießer 6-6 1/2 Pf.; Kaffeehäuser 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.
Kaffeehäuser: — Pf. das Stück. — Tendenz: Stehend.

Schlachtviehmärkte.

Leipzig, 2. Mai. Preise für 50 Kilo Lebendgewicht in Reichsmark: Rinder (756) 22-23, Kalber (413) 18-19, Schweine (2250) 48-50, Mastverlauf: Rinder schlecht, Kalber und Schweine langsam, Schafe gut.
Eisen (Ruhig), 2. Mai. Preise für 50 Kilo Lebendgewicht in Reichsmark: Rinder (221) 30-60, Kalber (40-100) Schafe (15) 38-55, Schweine (5346) 43-54, Mastverlauf: Mittel.
Frankfurt a. M., 2. Mai. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht in Reichsmark: Rinder (1366) 30-67, Kalber (588) 56-80, Schafe (37) 56-60, Schweine (4638) 43 bis 54. — Mastverlauf: Rinder, Kalber und Schweine ruhig, Schweine anfangs langsam, später belebter.

Zur Vertretung in allen
Rechts- und Steuerangelegenheiten
Einziehung von Forderungen empfiehlt sich

W. Friedrich Pasche
Rechts-Revisions und Treuhand-Büro
Spangenberg.

Sägespäne
hat laufend abzugeben
Spangenberg Holzindustrie G. m. b. H.

Alte, leistungsfähige Margarinefabrik
sucht für Spangenberg, Lichtenau und Umgebung einen rührigen und bei der Kundschaft bestens eingef.

Vertreter
Schriftl. Angebote unter Angabe von Referenzen an die Fabrikniederlage der Estol-A.-G., Ernst Dröner, Kassel, Ihringshäuser-Allee 46, erbeten.

Gemischter Chor
"Liedertränken"
Donnerstag abend 1/29 Uhr
Gefangstunde
Der Vorstand.
Gebe noch
Pflanz-Kartoffeln
ab.
Christian Kellner Bergheim

Frischen Zement
Richard Mohr.

Spernung einer Eisenbahnunterführung.
Wegen der Vornahme von Bauarbeiten am Bahnkörper wird die Unterführung im Zuge des Weges nach dem Mönchsrain hierdurch auf etwa 3 bis 4 Wochen für den Fußverkehr gesperrt.

Spangenberg, den 2. 5. 1927.
Die Polizeiverwaltung,
Sgher.

Öffentl. Bekanntmachung betr. Hauszinssteuer

1. Der Preussische Landtag hat durch ein am 7. 4. 1927 beschlossenes Gesetz die Hauszinssteuer mit Wirkung vom 1. 4. 1927 auf den zwölffachen Betrag der staatlichen Grundvermögenssteuer erhöht. Die Steuer wird wie bisher am 15. eines jeden Monats fällig, erstmalig also im April. Eine besondere Benachrichtigung an die Steuerpflichtigen erfolgt im allgemeinen nicht.

Bestehen im Einzelfalle bis zum Fälligkeitstage noch Zweifel über die Höhe der Steuer in den Fällen der Ziff. 4, so ist die Steuer in der bisherigen Höhe zu zahlen. Der Mehrbetrag ist alsdann am nächsten Fälligkeitstage mit der erhöhten Steuer für den Monat Mai abzuführen.

2. Die bisherige Veranlagung aller Einfamilienhäuser mit weniger als 90 qm Wohnfläche und aller mit Beihilfen aus öffentlichen Mitteln errichteten Neubauten wird durch die Erhöhung des Steuerbetrags nicht berührt.

3. Gleichfalls unverändert bleibt die Steuer für die sonstigen bebauten Grundstücke, die mit 375 bis 875 vom Hundert der Grundvermögenssteuer veranlagt sind.

4. Für alle übrigen bebauten Grundstücke, das sind die bislang mit einem Steuersatz von 1000 vom Hundert veranlagt, erhöht sich die Steuer um ein Fünftel des bisherigen Betrages.

5. Die Steuerpflichtigen der unter Ziff. 4 genannten Grundstücke können bei dem zuständigen Vorsitzenden des Grundvermögensausschusses (Katasteramt) bis zum 1. 10. 27 Anträge auf Steuerermäßigung stellen

- a) wenn die Grundstücke am 31. 12. 1918 mit mehr als 40, aber nicht mehr als 60 vom Hundert des Friedenswertes belastet waren,
- b) wenn der Eigentümer in dem kuerpflichtigen Grundstücke wohnt oder gewerbliche Räume selbst nutzt und das Grundstück am 31. 12. 1918 mit über 45 vom Hundert des Friedenswertes belastet war. Die gleiche Ermäßigung findet auf Antrag statt für Grundstücke von Baugenossenschaften, die von Mitgliedern dieser Genossenschaften bewohnt werden (vgl. Ziff. 5 des neuen Gesetzes und Ziffer 8, letzter Satz dieses Erlasses).

In den Anträgen zu a) ist die Höhe der Belastung am 31. 12. 1918 anzugeben, in den Anträgen zu b) außer dieser Belastung die Friedensmiete des gesamten Grundstücks sowie die Friedensmiete der von dem Eigentümer selbst bewohnten oder gewerblich genutzten Räume. Etwa vorhandene Grundbuchauszüge sind den Anträgen beizufügen. Dienst und Wohnwohnungen einschl. der Hauswarts- ufw. wohnungen können als vom Eigentümer genutzt nicht gelten.

Die Angaben in den Anträgen werden nachgeprüft. Unrichtige Angaben ziehen strafrechtliche Verfolgung nach sich. Die hinterzogenen Beträge werden unanständig beigelassen.

6. Nach der Dritten Verordnung zur Durchführung der Hauszinssteuerverordnung ist die Frist zur Stellung von Anträgen auf Steuerermäßigung gemäß § 2 Abs. 3 und 4, § 4 Abs. 3 bis 5 und § 5 der Hauszinssteuerverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. 7.

1926 bis zum 1. 7. 1927 verlängert worden. Sind Anträge dieser Art bereits gestellt, so ist die Erneuerung der Anträge zwecklos, weil die bereits gestellten Anträge und die darauf ergangenen Entscheidungen auch für die Zukunft rechtskräftig sind. Ist dagegen die Antragstellung bislang veräußert worden, so können die Anträge auch jetzt noch, spätestens aber am 30. 6. 1927 bei dem Vorsitzenden des zuständigen Grundvermögensausschusses (Katasteramt) nachgeholt werden. Sind die Anträge begründet, so wird ihnen mit Wirkung vom 1. 7. 1926 an stattgegeben werden.

Derartige Anträge können gestellt werden:

- a) wenn die Friedensmiete (der Friedensmietwert) eines Grundstücks weniger als 6 vom Hundert des Friedenswertes beträgt,
- b) wenn Grundstücke (Grundstücksteile) zu gewerblichen Zwecken genutzt werden,
- c) wenn Grundstücke am 31. 12. 1918 mit nicht mehr als 40 vom Hundert des Friedenswertes mit Hypothekensumme belastet waren,
- d) für Einfamilienhäuser mit einer Wohnfläche von nicht mehr als 90 qm, die auschl. vom Eigentümer und seiner Familie bewohnt werden oder nur zum geringen Teil auf Grund behördlicher Maßnahmen vermietet worden sind, nach dem neuen Gesetz mit Wirkung vom 1. 4. 1927 ab) auch dann, wenn einzelne Räume vom Eigentümer für seine gewerblichen Zwecke benutzt werden. Dem Eigentümer gleichgestellt sind — nach dem neuen Gesetz — die Mitglieder von Baugenossenschaften, die ein solches Einfamilienhaus der Genossenschaft mit der Anwartschaft auf spätere Eigentumsübertragung bewohnen.

7. Anträge auf teilweise oder gänzliche Stundung und Niederlegung der Hauszinssteuer gemäß § 9 der Hauszinssteuerverordnung, nämlich a) für Miet- oder Eigentumswohnungen bedürftiger Personen, b) für leerstehende Mieträume, c) für gewerbliche Räume, die erheblich geringer als in der Vortriebszeit ausgenutzt werden, und d) für Grundstücke, deren Eigentümer durch die höhere Aufwertung von Restkaufgeldern ufw. oder durch Reparaturkosten, die seit dem 1. 4. 1927 aufgenommen sind, besonders belastet sind, können jederzeit gestellt werden. Begründeten Anträgen dieser Art, die in den Fällen a) bis c) bei der zuständigen Gemeindebehörde und in den Fällen d) beim Katasteramt zu stellen sind, wird im allgemeinen mit Wirkung vom 1. des Monats stattgegeben werden, in dem der Antrag gestellt ist.

Der Vorsitzende des Grundvermögensausschusses.
Rübe.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch veröffentlicht mit dem Hinweis, daß eine Erhöhung der Steuer auf Antrag unterbleibt für die Steuerpflichtigen die nicht vermietet haben. Anträge nachstehenden Musters sind innerhalb 8 Tagen hierher einzureichen.

M u f e r:
Als Eigentümer des Hauses Nr. stelle ich Antrag auf Ermäßigung der Hauszinssteuer, da keinerlei Räume vermietet sind.
Spangenberg, den 2. 5. 1927.
Der Magistrat, Sgher.